

HEIDELBERGER
JAHRBÜCHER
ONLINE
Band 6 (2021)

Gesellschaft der Freunde
Universität Heidelberg e.V.



Intelligenz: Theoretische Grundlagen und praktische Anwendungen

Rainer M. Holm-Hadulla, Joachim Funke & Michael Wink (Hrsg.)

HEIDELBERG
UNIVERSITY PUBLISHING

Politische Intelligenz? Ein Blick aus der Praxis zwischen Politik und Wissenschaft

THERESIA BAUER

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

Zusammenfassung

Es wird aus der Praxis politischen Handelns unter den Bedingungen einer Pandemie berichtet.

Ein Lagebericht

Es ist April 2021. Wir befinden uns mitten in der dritten Corona-Welle. Das sagt die Wissenschaft. Das sagt die Politik. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Damit endet die Einigkeit aber oft. Selten war so unklar, was zu tun das Richtige ist. Selten wurde so offensichtlich, wenn die Politik zögerlich agiert und wenn ihre vielen kleinen Schritte nicht selten auch richtungslos wirken und widersprüchlich sind. Die öffentliche Debatte dazu ist nicht mehr nur vielschichtig und kontrovers, sie ist zunehmend gereizt. Politik sei verantwortungsscheu; es werden Verantwortliche, ja auch Sündenböcke für die belastende Situation gesucht. Selten war konsistentes und mutiges politisches Handeln mit klarer Orientierung so nötig.

Es ist April 2021. Wir befinden uns mitten in den Koalitionsverhandlungen, um in Baden-Württemberg eine neue Regierung für die nächsten fünf Jahre zu bilden. Sie soll stabil und handlungsfähig sein. Sie soll ambitioniert und schnell wirksam

Klimaschutz ins Zentrum ihres Handelns stellen. Dabei sind die öffentlichen Kassen Corona-bedingt ziemlich leer. Jedoch: Die verbleibende Zeit wird knapp, um die große Menschheitsaufgabe zu bewältigen und ein globales Desaster für unseren Planeten abzuwenden. Das sagt die Wissenschaft. Das sagt die Politik. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Damit endet die Einigkeit aber oft.

Was zu tun ist das Richtige und was das richtige Tempo? In der Öffentlichkeit hat sich, forciert durch den Druck von Kindern und Jugendlichen auf der Straße, eine enorme Erwartungshaltung aufgebaut. Und das Bundesverfassungsgericht bestätigte sie, als es das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung als zu wenig ambitioniert kassierte, weil es die Handlungsspielräume und Freiheitsrechte der nächsten Generationen gefährde. Die Bundespolitik muss nachbessern.

Gleichzeitig wachsen Ängste in der Bevölkerung vor tiefgreifenden Veränderungen angesichts der Transformationsdynamik von Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz und wissenschaftlichem Fortschritt. Unternehmen, Familien, Bildungseinrichtungen, unsere Gesellschaft insgesamt stehen unter enormem Anpassungsstress. Selten war konsistentes und mutiges politisches Handeln mit klarer Orientierung so nötig.

Zwei aktuelle Handlungsfelder, in denen politische Intelligenz besonders gefragt ist. Und bei denen in der Öffentlichkeit Zweifel besonders lautstark zu vernehmen sind, ob genügend politische Intelligenz vorhanden sei, um die Probleme zu lösen. Sicher gehört das Schimpfen über Politik zum Grundrauschen der öffentlichen Debatten im Land. Es lässt sich leicht lästern über die vermeintliche Überforderung von Politikerinnen und Politikern und über ihre angebliche Unfähigkeit oder Unwilligkeit, ihren Aufgaben gut nachzukommen. Auch Journalistinnen und Journalisten, YouTuber sowie die professionelle Beraterbranche liefern unzählige Vorschläge und Ratgeber, wie Politik intelligenter, quasi als professionelles Handwerk, auszuführen sei. Es mangelt nicht an Ideen, wie Strategie und Taktik im Politischen funktionieren und wie Erfolg nach innen und außen gesichert werden kann. Wahrscheinlich gerade weil Politik in Gänze unter dem Verdacht steht, nicht zu liefern, was gebraucht wird. Zu Beginn der Pandemie hatten sehr viele Menschen der Politik kurzfristig sogar wachsendes Vertrauen entgegengebracht. In den letzten Monaten hat sich das Verhältnis wieder umgekehrt und massiv verschlechtert. Jetzt ist entschlossenes und kluges Handeln dringlich gefragt, damit die Corona-Krise und die Klima-Krise sich nicht zusätzlich zu einer Krise des Vertrauens in die Demokratie entwickeln.

In bemerkenswertem Gegensatz zum geringen öffentlichen Ansehen der Politik in der heutigen Zeit steht der Respekt vor dem Politischen und seinen anspruchsvollen Voraussetzungen in der politischen und philosophischen Ideengeschichte. Das schlägt sich auch in der wissenschaftlichen Debatte über Intelligenz nieder. Als „ethisch-moralische“, „kommunikative“ oder „politische“ Intelligenz – manche nennen sie auch „Weisheit“ – werden diese Ausprägungen von Intelligenz als besonders komplex und ethisch-politisches Handeln als die höchste Form von Intelligenz bewertet. Politische Intelligenz muss die verschiedenen Dimensionen von Intelligenz zusammenbringen und sie auf das gemeinsame Wohl und geteilte Wertevorstellungen ausrichten. Politische Intelligenz muss ein inter- und intrapersonelles Verständnis von Problemen, das über das einzelne Individuum hinausweist, hervorbringen und sich in größeren Kontexten verorten – und politische Intelligenz muss sich daran messen, wie man sich in der Praxis konkret verhält. Politische Intelligenz muss darauf abzielen, das Richtige zum richtigen Zeitpunkt im Blick auf das Gemeinwohl zu tun.

Aus berufenem Mund hört man gelegentlich: „Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen.“ Wie lassen sich Erfolgsbedingungen für so verstandene politische Intelligenz verbessern? Und wie lässt sich dieses knappe Gut vermehren?

Mehr Wissenschaft in die Politik, lautet eine schlichte Antwort. Sie ist plausibel, aber sie ist auch allzu schlicht. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen selbstverständlich eine Rolle spielen im politischen Entscheidungsprozess. Denn gute politische Entscheidungen müssen so evidenzbasiert, rational und reflektiert wie möglich gefällt werden. Sie sollen möglichst auf Grundlage gesicherter Fakten und unterschiedlicher disziplinärer Perspektiven erfolgen. Aufgeklärte Politik kann nicht auf dem Treibsand der Ignoranz gelingen. Deshalb ist es zweifellos jede Anstrengung wert, das vorhandene Wissen noch besser zugänglich und verwertbar zu machen für politische Debatten und Entscheidungsfindungen. Ich stimme zu: In Sachen wissenschaftlicher Politikberatung gibt es Luft nach oben. Das gilt für Parlamente wie auch für Regierungen auf allen Ebenen.

Ein Beispiel: Die Regierung Kretschmann hat im letzten Jahr, als die Bewältigung der Corona-Pandemie die Regierungen von Bund und Ländern permanent gefordert hat, regelmäßig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, meist aus der Medizin, zu unseren Kabinettsitzungen eingeladen. Allen Kabinettsmitgliedern wurde so Gelegenheit zum direkten Faktencheck gegeben. Zusätzlich wurden

wissenschaftliche Beratungsrunden in Ministerien etabliert. Diese neuen „Kontaktflächen“ zwischen Wissenschaft und Politik waren sehr hilfreich, um schnell erste fundierte Einschätzungen zu gewinnen in der unübersichtlichen Lage und um offene Fragen im Dialog zu adressieren. Es hat auch dazu geführt, in Einzelfällen konkreten Forschungsbedarf zu identifizieren und zügig entsprechende Forschungsprojekte mit Unterstützung durch das Land aufzusetzen. Als Wissenschaftsministerin hat mich ein Zweites besonders beeindruckt: Diese Begegnungen waren geeignet, bei den Regierungsmitgliedern ein tieferes Verständnis zu entwickeln, wie Wissenschaft mit dem umgeht, was sie nicht oder was sie noch nicht weiß. Alle am Tisch konnten erleben, mit welcher Vorsicht und Präzision seriöse Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit sich bemühten, immer wieder den begrenzten Geltungsbereich ihrer Aussagen auszuleuchten. Wie offensiv sie damit umgehen, dass sich ihre Forschung immer an der Grenze zu dem Unbekannten und noch-nicht-Verstandenen bewegt – und bewegen muss, wenn sie wirklich Neues hervorbringen will. Und wie in einem früheren Stadium als richtig erachtete Entscheidungen bei Vorlage neuer Erkenntnisse revidiert werden müssen. Was für ein Unterschied zum politischen Selbstverständnis und Diskurs! Selbstverständlich sind unsere Entscheidungen genauso ein ständiges Sich-Vortasten, Nachbessern, Korrigieren, ein ständiger Lern- und Anpassungsprozess an neue Gegebenheiten und Erfordernisse. Allein in meiner 10-jährigen Amtszeit als Wissenschaftsministerin wurde 15-mal das Landeshochschulgesetz novelliert. Von der Politik wird eine besondere Schnelligkeit ihrer Entscheidungen erwartet, weil wir uns möglichst tagesaktuell zu den Problemen verhalten und sie dem Anspruch nach lösen müssen. Von ihr ist man auch einen anderen sprachlichen Duktus gewohnt; einen der Sicherheit und Eindeutigkeit der Entscheidungen in der Vermittlung zu maximieren versucht. Will heißen: In der Politik legen wir üblicherweise gerade nicht die Vorläufigkeit und begrenzte Reichweite unserer Entscheidungen offen. Vermutlich würde es die Bürgerinnen und Bürger durchaus verstören, wenn wir ausgiebig die Unsicherheit, das begrenzte Wissen und den Zeitdruck erläuterten, die unsere Entscheidungen begleiten, die dennoch getroffen werden müssen. Jedenfalls kann uns auch der beste Rat seriöser Wissenschaft als Politikerinnen und Politiker nicht von diesen Rahmenbedingungen befreien.

Damit will ich nicht sagen, dass Politik grundsätzlich schnell und Wissenschaft per se langsam sei. Wir haben im letzten Jahr erlebt, mit welcher ungeheurer Ge-

schwindigkeit von Seiten der Wissenschaft neue Erkenntnisse über die Pandemie geliefert wurden. Wissenschaft hat in beeindruckender Weise belegt, wie sehr sie in der Lage ist, global das Wissen zu teilen und zu vermehren. Es wurden in kürzester Zeit Impfstoffe entwickelt, die nun der wichtigste Schlüssel sind, um unser Zusammenleben in absehbarer Zeit von den belastenden wie notwendigen Restriktionen zu befreien. Damit Wissenschaft aber diese Leistungsstärke konkret entfalten kann, braucht sie im Vorfeld viel Zeit. So viel ist gewiss: Wissenschaft benötigt die Freiräume, um in langen Linien zu denken. Ohne Grundlagenforschung und ohne gewachsene Strukturen der wissenschaftlichen Kooperation, wäre der wissenschaftliche „Output“ in jüngster Zeit nicht leistbar gewesen.

In der Politik sind wir zwar permanent getrieben von kurzfristigem Druck, sofort zu reagieren und eine fundierte Meinung zu allem und jedem zu haben. Das Resultat ist aber beileibe nicht immer schnelles und klares Entscheiden. Häufig dauert es, bis das politische Handeln gereift und durch- und umgesetzt ist. Und nicht immer liegt es für jeden erkennbar auf der Hand, ob eine getroffene Entscheidung in die richtige Richtung zielt. Das hat aber nach meiner Erfahrung am wenigsten damit zu tun, dass das nötige Wissen fehlen würde. Es liegt an der Vielschichtigkeit des Prozesses: Politik muss unterschiedliche Perspektiven und Interessenlagen integrieren und dabei in aller Regel Mehrheiten organisieren und Kompromisse aushandeln. Sie muss Auswirkungen auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche berücksichtigen. Sie muss nach innen – in das eigene politische „Kollektiv“ – wie nach außen – im Hinblick auf die politische Konkurrenz – und nicht zuletzt im Hinblick auf die Öffentlichkeit überzeugen und verständlich sein. Und sie muss dabei immer unter Knappheitsgesichtspunkten, insbesondere begrenzten finanziellen Ressourcen, agieren. Sie muss als Regierungspolitik das Beschlossene in gutes Verwaltungshandeln übersetzen. Eine politische Entscheidung braucht deshalb viele Menschen, die von einer gemeinsam ausgehandelten Entscheidung überzeugt sind und die sie gemeinsam richtig umsetzen wollen.

Deshalb ist es meist komplex im Einzelnen nachzuvollziehen, warum es nicht zügiger und besser vorangeht: Warum strahlen unsere Häuser nicht längst blau in der Sonne, weil Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern zum neuen Normal geworden sind – wenigstens mal auf den landeseigenen Gebäuden? Woran lag es, dass Deutschland keine schnellere und effektivere Impfstrategie hatte? Dass es aber trotzdem gelang, die Verbreitung der Infektion und besonders die schweren Verläufe und Todeszahlen vergleichsweise gut zu begrenzen?

Politik ist Handeln. Politik in der Demokratie ist gemeinsames Handeln. Sich also darauf verständigen zu können, miteinander etwas Neues zu tun. Hannah Arendt definiert mit einem solchen Politikverständnis auch das Thema Macht: Es sei die menschliche Fähigkeit des Anfangen-Könnens. Die Fähigkeit, eine Veränderung in Gang zu setzen. Dieses kann in einer Demokratie nie nur von einzelnen Personen geleistet werden, sondern nur von vielen, die sich gemeinsam hinter einer Idee versammeln. Politische Intelligenz wächst, so verstanden, mit der Fähigkeit zum kollektiven Handeln.

Kann Wissenschaft in diesem Sinne dazu beitragen, Politik intelligenter zu machen? Unbedingt! Die Welt der Wissenschaft kann dazu beitragen, dass die Welt der Politik faktenbasierter, rationaler und konsistenter agieren kann. Wird die Welt der Politik intelligenter, wenn man sie durch die Welt der Wissenschaft ersetzt? Keineswegs. Denn der Sinn des Politischen ist ein völlig anderer als der Eigensinn der Wissenschaften, die nach Wahrheit(en) suchen. Das Richtige im rechten Moment im Hinblick auf das Gemeinwohl zu tun ist etwas ganz Anderes als Welt-Verständnis und neue Erkenntnisse hervorzubringen. Diese unterschiedlichen Logiken der beiden Welten lassen sich nicht austauschen. Sie können sich aber gegenseitig bereichern und verbessern durch mehr „Transfer“: Als Politikerin und als Wissenschaftsministerin ist es mir deshalb ein besonderes Anliegen, für mehr „Kontaktflächen“ und eine „höhere Leitfähigkeit“ zwischen den beiden Logiken zu sorgen.

Der Blick in die Geschichte zeigt, dass in Krisenzeiten oft das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Regierungen sinkt, je länger die Krise andauert. Im Gegenzug gedeihen Sehnsüchte danach, von Experten oder Technokratie-Räten regiert zu werden, weil so vermeintlich der reine Sachverstand statt politischer Abwägungen zähle. Damit verbunden ist die naive Hoffnung, so die verloren geglaubte Eindeutigkeit und Klarheit des „technischen“ Regierungshandelns wieder zu erlangen oder auch das Bedürfnis zu befrieden nach Führung durch eine starke Hand, die Schutz und Sicherheit in unsicheren Zeiten biete.

Bemerkenswert im Corona-Krisenjahr war eine gegenläufige Beobachtung: Wissenschaft hat zwar in der Öffentlichkeit erkennbar an Relevanz und Sichtbarkeit gewonnen, bisweilen sogar an großer Popularität. Jedoch ist das traditionell sehr große Vertrauen der Öffentlichkeit in Wissenschaft in den letzten Monaten erheblich erodiert – das Misstrauen ist gewachsen. Wissenschaft solle sich aus der Politik heraushalten, war immer häufiger zu hören.

Wissenschaft hat sich in den letzten Monaten öffentlich erkennbar in den politischen Prozess des Ringens mit dem Unbekannten und des Umgangs mit Unsicherheit hineinbegeben. Sie taugt deshalb nicht als Rettungsanker für Politik-Frustrierte, um einfache Gewissheiten und vermeintliche Sicherheit (zurück) zu bekommen. Vielleicht wird Wissenschaft deshalb nun unter Verdacht gestellt, mit der Politik unter einer Decke zu stecken.

Ein weiteres Motiv kommt dazu, wenn der Vorwurf erhoben wird, dass Wissenschaft sich über ihr Terrain hinaus übergriffig ins Feld des Politischen hineinbewege. Wir kennen das Motiv aus den Debatten um den menschengemachten Klimawandel und die Fakten, die aus der Wissenschaft seit Jahren dazu präsentiert werden. Wir kennen die wütenden öffentlichen Attacken auf die Wissenschaft, weil sie mit gefühlt unangenehmen Wahrheiten Öffentlichkeit und Politik konfrontiere. Sie klingen uns alle noch in den Ohren als hässliche Begleitmusik der Ära Trump, die nun zum Glück Geschichte ist. Aber machen wir uns nichts vor, auch hierzulande hat wissenschaftsfeindliches oder gar pseudo-wissenschaftliches Geschwurbel an Boden gewonnen und fordert uns weiterhin heraus.

Wissenschaft, die sich einbringt in gesellschaftliche Streitfragen, gerät selbst in den Strudel des öffentlichen Streits. Selbst wenn sie dabei mit aller Seriosität und Glaubwürdigkeit vorgeht und mit größtmöglicher Präzision nur „das Ihre“ beiträgt, nämlich gesicherte Erkenntnis und rational begründetes Verständnis. Dieser Preis ist es wert. Denn eine liberale Demokratie lebt davon, dass die Suche nach der richtigen Haltung, nach der richtigen Priorität, nach dem richtigen Weg und nach dem vertretbaren Risiko immer ein Prozess des öffentlichen Ringens ist. Genau das unterscheidet das politische Handeln in einer liberalen Demokratie von dem in einem autoritären Regime. Unser politisches Handeln und unsere Fähigkeit des Anfangen-Könnens können sich nur dann entfalten, wenn viele Bescheid wissen, wenn sie sich ein fundiertes Urteil gebildet und sich eine Überzeugung erarbeitet haben. Mutiges, konsistentes und mit klarer Orientierung versehenes politisches Handeln hat nur dann eine Chance, wenn es von einer aufgeklärten und selbstbewussten Gesellschaft mitgetragen wird. Wie sollte das ohne den Beitrag der Wissenschaft gelingen?

Im Gegenzug sind Politik und Öffentlichkeit verpflichtet, auf die Stimme der Wissenschaft nicht nur dann zu hören, wenn es gerade passt und den eigenen Überzeugungen mehr Schlagkraft verleiht. Die Autorität des wissenschaftlichen Argumentes ist gerade dann zu berücksichtigen, wenn die wissenschaftliche Per-

spektive den eigenen Standpunkt und das Bisherige in Frage stellt. Das kann zu harten Konflikten führen, wie ich auch aus eigener Erfahrung berichten kann: Seit Jahren irritiert mich, dass die Regulierung der Gentechnik in Europa nicht mit dem aktuellen Stand der Wissenschaft einhergeht. Hier müssen dringend Perspektiven zusammengebracht werden. Leider war gerade hier immer wieder zu erleben, dass die wissenschaftliche Sicht auf die Gentechnik in der politischen Gemengelage viel weniger Gewicht besitzt als politische und wirtschaftliche Interessen. Das muss sich dringend ändern. Zum Glück hat eine jüngst vorgelegte Studie der EU-Kommission jetzt die Debatte neu eröffnet. Wenn wir die Stimme der Wissenschaft in relevanten Zukunftsfragen besser berücksichtigen wollen, dann muss das unabhängig von den jeweiligen politischen Motiven und Interessen der eigenen Person oder des eigenen Umfelds gelten!

Mehr aktive Kommunikation und Transfer aus der Wissenschaft sind also nicht nur gefragt im Hinblick auf direkte Kontaktflächen zu den politischen Entscheiderinnen und Entscheidern. Sie ist genauso wichtig in Richtung Öffentlichkeit, in Richtung der Bürgerinnen und Bürger, die sich für unser Zusammenleben und unsere gemeinsame Zukunft interessieren. Unsere Gesellschaft braucht die Expertise aus der Wissenschaft. Sie braucht die Hochschulen als den Raum, in dem ohne Unterlass das Bestehende kritisch geprüft, Erkenntnisse neu erarbeitet und vertieft werden. Unsere Hochschulen werden gebraucht als ein Raum, in dem die nächste Generation erlernt und erlebt, wie rationale, faktenbasierte und reflektierte Auseinandersetzung mit unserer Welt und den anstehenden Aufgaben funktioniert. Unsere Hochschulen werden gebraucht als ein Raum, in dem Menschen befähigt werden, sich den relevanten Problemen zu stellen, Lösungen für sie zu finden und nicht vor ihnen davonzulaufen.

Mehr und schnelleren Transfer aus der Wissenschaft brauchen wir auch in Richtung Wirtschaft und lokaler Strukturen: Da wo Transformation konkret wird und da wo Zukunft Gestalt annimmt in innovativen Produkten, Verfahren, Geschäftsmodellen und auch in veränderter sozialer Praxis. Wenn dieser Transferprozess gut funktioniert, dann ist eine weitere wichtige Voraussetzung geschaffen für intelligente Politik: Denn es ist nicht der top down Beschluss der Politik, der das Neue erfolgreich in die Welt bringt, sondern es sind die aktiven Verbindungen an den Schnittstellen von Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Politik, die Innovationsprozesse produktiv beschleunigen. Die Landesregierung hat dafür verschiedene Formate geschaffen, um diese Kontaktflächen systematischer zu

entwickeln: Es wurden Strategiedialoge zu den großen Transformationsthemen etabliert, die unsere Stärken in Baden-Württemberg besonders betreffen. Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik kommen zusammen in einem regelmäßigen top-level Dialog, in dem wir uns über Ziele und Maßnahmen zur Zukunft unseres Automobilstandortes und zur Weiterentwicklung des Gesundheitsstandortes Baden-Württemberg verständigen. Dazukommen wird ein strategischer Dialog über innovatives Bauen und Planen.

Als weiteren Pfeiler dieser Politik setzen wir auf Innovationscampus mit internationaler Ausstrahlung: Wir unterstützen diejenigen Orte in Baden-Württemberg, an denen zur Bearbeitung von Zukunftsfeldern eine besondere Qualität und Dichte von Wissenschaft und Forschung, Unternehmen und Gründungsaktivitäten zusammenkommt und strategisch zusammenarbeitet, um für Talente und Ideen aus aller Welt attraktiv zu werden. Dies ist gelungen im Raum Tübingen/Stuttgart mit dem Cyber Valley rund um den Schwerpunkt Künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen. Genauso unterstützen wir das besondere Potenzial in Heidelberg/Mannheim mit der vielversprechenden „Health and Life Science Alliance“. Die Region hat mit ihrer internationalen Forschungsexzellenz das Zeug dazu, noch weiter über die Landesgrenzen hinaus zu wirken und wegweisende Impulse für Wirtschaft und Gesundheit zu setzen. So gesehen ist politische Intelligenz auch die Fähigkeit, Strukturen zu fördern, die das Anfangen-Können erleichtern, indem sie Begeisterung und Know-How für Erneuerung zusammenbringen.

Mit anderen Worten: Politische Intelligenz lebt von Voraussetzungen, die Politikerinnen und Politiker nicht alleine schaffen können. Sie lebt von der Urteilskraft, dem Verantwortungsbewusstsein und der Fähigkeit von vielen, sich den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft zu stellen. Gute Überzeugungsarbeit, machbare Lösungsansätze, hartnäckige Sicherung von Mehrheiten und Ressourcen ist im Kern unser Geschäft als Politikerinnen und Politiker – und es bedarf ohne Zweifel einiger politischer Intelligenz dafür. Wirklich gut gelingen kann es aber nur auf einer breiten gemeinsamen Basis. Die ist ganz gewiss nicht ohne die Hilfe von Wissenschaft herstellbar.

Wir haben in Deutschland nicht die Institution eines *Scientific Advisors* der Regierung, aber wir haben viele Formate, die Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in Begegnung bringen. Und deshalb gefällt mir die Maxime des US-amerikanischen Präsidenten Biden, die er kürzlich bei seiner Ernennung formulierte, auch so gut für unsere Politik:

„Science will always be at the forefront of my administration – and these world-renowned scientists will ensure everything we do is grounded in science, facts and the truth.“¹.

Über die Autorin

Theresa Bauer MdL ist Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

Korrespondenzadresse:

Theresa Bauer MdL

c/o Justyna Oser, persönliche Referentin der Ministerin

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

Königstr. 46

70173 Stuttgart

E-Mail: Justyna.Oser@mwk.bwl.de

Homepage: www.mwk.baden-wuerttemberg.de

¹ <https://www.nytimes.com/2021/01/15/science/biden-science-cabinet.html> (Stand: 08.05.2021)